

Datenschutz-Informationsblatt

Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Antrag auf Elterngeld

Die folgenden Informationen erläutern Art, Umfang und Zweck der Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihrer diesbezüglichen Rechte im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Elterngeld.

Allgemeine Hinweise

Die der Verarbeitung zugrundeliegenden rechtlichen Bestimmungen sind insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf einen Menschen beziehen, der entweder bereits identifiziert ist oder der durch diese Informationen identifizierbar wird. Welche personenbezogenen Daten im Rahmen Ihres Antrags auf Elterngeld verarbeitet werden, entnehmen Sie bitte den entsprechenden Antragsformularen (Pflichtangaben, die von den antragstellenden Personen erfragt werden).

1. Verantwortliche

Verantwortliche für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die für die Bearbeitung des Antrags zuständige Elterngeldstelle. Bezeichnung, Adresse und sonstige Kontaktdaten können bei öffentlichen Stellen am Wohnort des Kindes ermittelt oder erfragt werden.

2. Kontaktdaten des/der Datenschutzbeauftragten der Verantwortlichen

Kontaktdaten können bei öffentlichen Stellen am Wohnort des Kindes oder unmittelbar bei der zuständigen Elterngeldstelle ermittelt oder erfragt werden.

3. Verarbeitungszweck und Rechtsgrundlage

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung Ihres Antrags auf Leistungen nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) erhoben und verarbeitet. Dies beinhaltet gegebenenfalls auch die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Sozialleistungsträger oder anderer Stellen sowie bei der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und § 35 Erstes Buch Sozialgesetzbuch, §§ 67 ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch sowie das BEEG.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten sind je nach Einzelfall

- die Bundeskasse zur Vornahme von Zahlungen auf das von Ihnen angegebene Empfängerkonto,
- die zuständige Krankenkasse,
- das zuständige Finanzamt (Progressionsbescheinigung),
- ihr Arbeitgeber (Arbeitszeit- und Arbeitsentgeltbestätigungen)
- die für Sie zuständige Meldebehörde,
- gegebenenfalls externe Dienstleister (Auftragsverarbeiter) der Verantwortlichen, zum Beispiel im Rahmen der technischen Umsetzung der Bearbeitung von Anträgen (bitte unmittelbar bei der Verantwortlichen erfragen)

Auskünfte und Unterlagen, die die Verwaltung im Zusammenhang mit dem Verfahren nach dem BEEG über Sie erhalten hat, werden darüber hinaus an andere Sozialleistungsträger übermittelt, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist (§ 69 Abs.1 SGB X).

5. Speicherdauer

Ihre Daten werden grundsätzlich nicht länger gespeichert, als sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke benötigt werden. Eine darüber hinausgehende Speicherung erfolgt ausschließlich zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen. Diese können sich zum Beispiel aus der Bundes- oder Landeshaushaltsordnung, der Abgabenordnung oder dem Handelsgesetzbuch ergeben und bis zu 10 Jahre betragen.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Land außerhalb der EU (Drittland)

Eine Übermittlung an ein Land außerhalb der EU (Drittland) erfolgt nicht.

Soweit ein grenzüberschreitendes Sozialleistungsverhältnis innerhalb der Europäischen Union/Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft/Schweiz vorliegt, ist jedoch eine Übermittlung an die jeweiligen Kontaktstellen des Landes zur Abstimmung vorgeschrieben.

7. Rechte von betroffenen Personen

Betroffene Personen, deren Daten verarbeitet werden, haben folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen im Sinne der DSGVO:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Zudem steht Betroffenen ein Beschwerderecht bei einer datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu (Art. 77 DSGVO).